

**Antrag 22/I/2023****KDV Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Freie Sicht & Frischluft garantieren - Werbeverhängung von Wohn- und Bürohäusern verhindern!**

- 1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Ab-  
2 geordnetenhauses auf sich dafür einzusetzen, dass:
- 3 • kurzfristig, maßgeblich erhöhte Bußgelder für  
4 nicht-genehmigte Verhüllungen, sodass Verhüllun-  
5 gen für die Besitzer\*innen von genutzten Wohn-  
6 und Bürohäusern nicht mehr attraktiv sind
  - 7 • langfristig, das generelle Verbot von Werbeverhül-  
8 lungen von genutzten Wohn- und Bürohäusern

9

10

**11 Begründung**

12 Werbung ist allgegenwärtig im öffentlichen Raum. Auf  
13 Litfaßsäulen, digitalen und analogen Plakatwänden oder  
14 auf Häuserwänden – Werbung zu entgehen ist kaum  
15 möglich. Während alle Formen der Werbung mindestens  
16 kritikwürdig sind, ist insbesondere die Werbung auf Häu-  
17 serwänden für die Menschen, die sich regelmäßig in die-  
18 sen Häusern aufhalten, eine große Belastung. Durch die  
19 Verhüllung von Häusern mit gigantischen Werbebannern  
20 wird nicht nur die Frischluftzufuhr massiv eingeschränkt,  
21 sondern auch die Versorgung mit Tageslicht. Dies sind not-  
22 wendige zentrale Aspekte der Lebensqualität, die bei län-  
23 gerem Ausfall zu gesundheitlichen Schäden führen kön-  
24 nen. Besonders schwerwiegend ist dies bei Wohnhäusern,  
25 aber auch bei Bürogebäuden kann es zu negativen Aus-  
26 wirkungen auf die Arbeitnehmer\*innen kommen.

27

28 Dennoch kommt die Verhüllung von Häusern immer wie-  
29 der vor. Diese muss in der Regel vom zuständigen Be-  
30 zirk genehmigt werden, allerdings kommen auch immer  
31 nicht-genehmigte Werbeflächen vor. Dies lässt sich damit  
32 erklären, dass die Werbenden den Besitzer\*innen der Ge-  
33 bäude so viel bezahlen, dass die Verhängung trotz even-  
34 tuellen Bußgelds mehr als rentabel bleibt. Für die Betrof-  
35 fen macht es allerdings keinen Unterschied, ob ihre Woh-  
36 nung oder ihr Büro von einer genehmigten oder nicht-  
37 genehmigten Werbung verdunkelt wird. Oftmals werden  
38 die Werbeplakate unter dem Vorwand von Renovierungs-  
39 arbeiten angebracht, die dann aber nicht stattfinden.

40

41 Immer wieder kommt es daher in den letzten Mona-  
42 ten und Jahren in verschiedenen Berliner Bezirken zu Be-  
43 schwerden, insbesondere von Mieter\*innen. So wurde bei-  
44 spielsweise im November 2022 öffentlich, dass ein Ver-  
45 mieter in Neukölln ohne Genehmigung mehrere Seiten  
46 des Wohnhauses mit einem riesigen Werbebanner verhül-  
47 len lies. Die Mieter\*innen wandten sich an die Presse und  
48 den Bezirk und konnten durch ihren Protest erwirken, dass

49 das Plakat abgehängt wurde, anstatt, wie ursprünglich  
50 geplant, für sechs Wochen zu hängen. In Charlottenburg-  
51 Wilmersdorf verhüllte ein Plakat sogar zwölf Monate ein  
52 Wohnhaus, was die Lebensqualität der Mieter\*innen mas-  
53 siv einschränkte.

54

55 Bei diesen Werbeverhüllungen werden Kapitalinteressen  
56 eindeutig gegen die Rechte von Mieter\*innen ausgespielt.  
57 Als Sozialdemokrat\*innen besteht hier kein Zweifel, dass  
58 wir eindeutig auf der Seite Mieter\*innen stehen.